



HESSISCHER LANDTAG

28. 09. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

betreffend Gedenken an 20 Jahre Deutsche Einheit

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag würdigt anlässlich des 20. Jahrestages der Deutschen Einheit den durch die friedliche Revolution angestoßenen Prozess der Jahre 1989 und 1990. Die deutsche Einheit beendete den vier Jahrzehnte währenden Zustand der deutschen Teilung. Richtungweisend für diese Entwicklung war die Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989, die den endgültigen Zerfall des politischen Systems der DDR auslöste.

Der Landtag erinnert daran, dass die Entspannungspolitik durch die Regierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher die Weichen stellte für den KSZE-Prozess, dass Verständigung und Abrüstung und die Akzeptanz der Menschenrechtsakte im Rahmen des sog. Helsinki-Prozesses die Voraussetzungen schufen für freiheitliche Entwicklungen im ehemaligen Warschauer Pakt. Der Landtag würdigt das demokratische Engagement durch Solidarnosc in Polen, das Freiheitsstreben der Charta 77 um Vaclav Havel in Prag und ganz besonders die Reformen von Perestroika und Glasnost unter Michail Gorbatschow in Moskau. Daran konnte die Bürgerrechtsbewegung in der ehemaligen DDR anknüpfen und wurde solidarisch unterstützt. Dass die Revolution im November 1989 friedlich und erfolgreich verlaufen konnte, bleibt insbesondere auch das historisch bleibende Verdienst von Michail Gorbatschow.

2. Der Landtag würdigt den 2 + 4 Vertrag, sowie die damit verbundene völkerrechtliche Anerkennung der Grenzlinie in einem demokratisch verfassten Europa. Der Landtag erinnert an die Schrecken der deutschen Teilung und an die historische Leistung der Frauen und Männer in der ehemaligen DDR, die durch ihr mutiges Eintreten für Menschen- und Bürgerrechte den Boden für die erfolgreiche Protestbewegung bereitet haben. Die deutsche Teilung mahnt uns alle, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu schützen und uns gegen Diktatur und jede Form von Extremismus und Gewalt zu wenden. Der Landtag verweist darauf, dass Freiheit und Demokratie auch gefährdet sind, wenn die soziale Spaltung der Gesellschaft zunimmt, wenn solidarische Grundwerte politisch nicht gestaltet werden, wenn Vertrauen in demokratische Institutionen abnimmt.
3. Der Landtag würdigt die Partnerschaft zwischen Hessen und Thüringen. Zwischen unseren Ländern hatte die innerdeutsche Grenze mit ihren Sperrzäunen, Selbstschussanlagen, Minenfeldern und Wachtürmen den historisch gewachsenen hessisch-thüringischen Kultur- und Wirtschaftsraum auf einer Länge von 269 Kilometern zerschnitten. Verwandtschaftliche und freundschaftliche Verbindungen wurden zerstört. Unmittelbar nach der Öffnung der Grenze bot Hessen seinem Nachbarland Hilfe in allen Belangen des politischen und gesellschaftlichen Lebens an. Diese Hilfe mündete im Dezember 1989 in einem von allen Landtagsfraktionen verabschiedeten "Aktionsprogramm Hessen-Thüringen".

4. Der Landtag begrüßt und unterstützt private, kommunale und Landesprojekte und Initiativen zum Gedenken an die deutsche Teilung und die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Der Landtag bekennt sich deshalb zur Unterstützung der hessisch-thüringischen Gedenkstätten Point Alpha und Schiffersgrund und zum besonderen Auftrag im Rahmen der politischen Bildung.
5. Der Landtag erinnert wie schon vor einem Jahr daran, dass die SED gemeinsam mit den in der Nationalen Front (LPDP, CDU, DBD, NDPD) zusammengeschlossenen Blockparteien in der DDR einen Unrechtsstaat errichtet hat, in dem systematisch bespitzelt wurde, Menschenrechte massiv verletzt und Biografien gebrochen wurden. 1.245 Tote an der innerdeutschen Grenze, bis zu 100.000 Verhaftungen wegen Fluchtversuchs und mehr als 200.000 politische Gefangene waren das menschenverachtende Ergebnis einer totalitären Herrschaft.
6. Der Landtag spricht sich aus Anlass des 20. Jahrestages der Deutschen Einheit in Deutschland für einen Umgang mit der jüngsten Geschichte unseres Landes aus, der nicht parteiisch geprägt ist und sich an den Grundwerten unseres demokratischen Verfassungsstaates orientiert. Es geht um erkenntnisleitende Aufklärung über die Rolle der SED und der so genannten Blockparteien, über die Rolle bedeutender gesellschaftlicher Organisationen zur Absicherung des Systems, über die Abhängigkeiten im Rahmen des Warschauer Paktes und die eigenen Verantwortlichkeiten und Handlungsspielräume in der ehemaligen DDR.
7. Der Landtag fordert, allen Versuchen, den Diktaturcharakter der DDR und die fundamentalen Unterschiede zum demokratischen Rechtsstaat zu verharmlosen, entschieden entgegenzutreten. Verharmlosungsversuche müssen als solche benannt und zurückgewiesen werden.

Wiesbaden, 28. September 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel